



# JUSO SCHWEIZ

## FORMULAR PROJEKTVORSCHLÄGE 2020

---

**Antragsstellende:** Noam Schaulin (BL), Lara Hitz (AG), Jonas Bischofberger (BL), Gianna Schläpfer (AG), Felix Enz (BL), Elias Erne (AG), Céline Gass (BL), Benjamin Guerne-Kieferndorf (AG), Anna Holm (BL)

**Name des Projekts:** Anti-Erpressungsinitiative

---

### **1 Projektbeschreibung (maximal 2'000 Zeichen, inkl. Leerschläge)**

*Beschreibt euer Projekt im Allgemeinen: Worum geht es?*

Wir wollen eine Initiative lancieren. Unternehmen sollen bei Wegzug aus der Schweiz einmalig besteuert werden. Diese Idee ist unter dem Namen Exit Tax oder Wegzugsbesteuerung bereits in vielen Ländern Realität.

Das durch Steuerwettbewerb verursachte Race-to-the-bottom spielt Staaten und Kantone gegeneinander aus. Diese leiden unter fehlenden Einnahmen, während Unternehmen von immer tieferen Steuern profitieren. Nur schon bei der Äusserung von Ideen, die versuchen Unternehmen zu regulieren (zB Lohnstrukturen wie bei der 1:12-Initiative gefordert) oder höher besteuern könnten (zB STAF), drohen diese an die Schweiz zu verlassen. Die Angst vor wegfallenden Arbeitsplätzen drängt die Politik und die Stimmbevölkerung dazu, den Bedingungen der Grossunternehmen folge zu leisten.

Durch die Wegzugsbesteuerung von Unternehmen kann diese Erpressungsstrategie angegriffen werden.

Die antidemokratischen Tendenzen des Steuerwettbewerbs müssen aufgezeigt werden. Es muss eine Diskursverschiebung zugunsten der Wirtschaftsdemokratie stattfinden.

Ein möglicher Ansatz für die Wegzugsbesteuerung wäre eine Steuer auf nicht realisierte Einkünfte (Gewinn, der aufgrund gegebener Markt- und Tagespreise bei Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehen würde, die tatsächlich nicht oder noch nicht verkauft sind) und Kapitalgewinne. Ein anderer Ansatz wäre eine Besteuerung auf Basis der steuerbaren Einkommens der letzten Jahre.

Hier behalten wir uns eine Änderung in der tatsächlichen Umsetzung des Projektes vor, da verschiedene Faktoren abgewägt werden müssen.

Grundsätzlich wollen wir Grossunternehmen einschränken. Da KMU nicht über die Mittel verfügen, den Unternehmenssitz nach Lust und Laune zu wechseln, wären sie im Regelfall sowieso nicht davon betroffen.

Wegen der Personenfreizügigkeit und vergangenen Rechtsurteilen in diesem Bereich fokussieren wir uns mit diesem Projekt nur auf juristische Personen.

## **2 Kurzbeschreibung (maximal 400 Zeichen, inkl. Leerschläge)**

*Beschreibt euer Projekt in 4 kurzen Sätzen, als würdet ihr auf der Strasse dafür Unterschriften sammeln.*

Unternehmen drohen oft an, die Schweiz zu verlassen, wenn sich die Gesetze auch nur leicht zu ihrem Ungunsten entwickeln könnten.

Diese Erpressung wollen wir mit einer Steuer unterbinden, die Unternehmen zahlen müssen, wenn sie aus der Schweiz wegziehen.

Wir dürfen uns nicht von Grossunternehmen erpressen lassen und ihre Interessen höher stellen als die der 99%.

## **3 Storytelling**

*Welche Geschichte kann die JUSO mit eurem Projekt erzählen?*

Grossunternehmen erpressen die Schweiz.

Jegliche Ideen, die das Race-to-the-bottom bremsen, fairere Lohnstrukturen einführen oder Unternehmensverantwortung erhöhen wollen, werden mit der Drohung "dann ziehen wir weg & ihr verliert Arbeitsplätze" unterbunden. Damit

entziehen die Unternehmen der Schweiz Geld, beuten Arbeiter\*innen aus und zerstören die Umwelt ohne Konsequenzen befürchten zu müssen.

#### **4 Anknüpfen an bisherige Projekte**

*Wie lässt sich euer Projekt mit den bisherigen Initiativen und nationalen Projekten der JUSO Schweiz verknüpfen?*

Wir stellen Menschen vor Profit. In unseren bisherigen Projekten wollten wir stets die 99% ermächtigen und ihre Rechte gegenüber den Grossunternehmen stärken. So zB die 1:12- und 99%-Initiativen.

Arbeiter\*innen sollen mitbestimmen können und die direkte Demokratie der Schweiz darf nicht von Unternehmen erpresst werden. Den Steuerwettbewerb bekämpft die JUSO schon lange. (siehe STAF, USR III, etc)

#### **5 Systemrelevanz**

*Inwiefern stellt euer Projekt wichtige Fragen, wie provoziert es? Welche neuen Gedanken bringt es auf das politische Parkett? Wie greifen wir damit die neoliberale Deutungshoheit an?*

Die Macht der Unternehmen über Politik und Gesellschaft wird angegriffen. Es wird aufgezeigt, dass Unternehmen nicht allmächtig sind und die Gesellschaft nicht kontrollieren können. Die scheinbare Alternativlosigkeit wird gebrochen (Steuerwettbewerb, Race-to-the-bottom).

Auch international mobile Unternehmen müssen der Rechtsordnung unterworfen werden.

#### **6 Anschlussfähigkeit**

*An welche herrschenden Debatten schliesst das Projekt an? Wieso ist das Projekt aktuell?*

Der Steuerwettbewerb hat sich international und innerschweizerisch in den letzten Jahren zugespitzt. Mit USR III und STAF war das Thema in letzter Zeit in der

Diskussion präsent. JUSO-eigene Initiativen und andere linke Anliegen wie die Konzernverantwortungsinitiative (KoVI) werden regelmässig mit dem Wegzugargument bombardiert.

## **7 Mobilisierung/Mitgliedergewinnung**

*Wie wirkt euer Projekt attraktiv auf Jugendliche ausserhalb der JUSO? Wo kann es uns helfen, junge Menschen für uns zu überzeugen?*

Menschen, die linke Projekte grundsätzlich gut, aber realpolitisch schwierig finden, kann mit dieser Initiative gezeigt werden, dass die neoliberale Politik nicht alternativlos ist. Das Wegzugargument wird auch gegen Initiativen und Ideen von zivilgesellschaftlichen Bewegungen wie der Klimajugend und dem feministischen Streik verwendet. Dort aktive Menschen wollen wir auch in die JUSO holen.

## **8 Ziele**

*Was sind die Ziele eures Projekts? Was soll mit der Kampagne erreicht werden?*

Wir wollen mit dieser Initiative den Diskurs bezüglich Race-to-the-bottom verschieben. Weiterhin wollen wir Grossunternehmen zur Verantwortung ziehen und die scheinbare Alternativlosigkeit der neoliberalen Hegemonie angreifen.

## **9 Neuheit**

*Gab es in den letzten 20 Jahren schon mal ein Projekt wie das eurige (national oder international)? Wenn ja, berichtet davon.*

National gab es bisher kein solches Projekt.

International gibt (oder gab) es in vielen Staaten eine Wegzugsbesteuerung. Oft gibt es eine "Exit Tax" auch (oder nur) für natürliche Personen. In Europa fällt die Schweiz, ganz ohne Gesetz dazu, aus der Reihe.

Bernie Sanders hat im US-Vorwahlkampf 2020 mit seiner Forderung nach einer Exit Tax auf natürliche Personen viele Menschen erreicht.

### **10 Im Falle eines Initiativprojekts: Rechtsgültigkeit**

*Wahrt euer Initiativvorschlag die Einheit der Materie? Ist er, eurer Meinung nach, rechtsgültig und umsetzbar? (Bei Unsicherheiten in diesem Bereich könnt ihr euch gerne an die GL wenden)*

Die Einheit der Materie wird gewahrt und der Vorschlag wäre vmtl. rechtsgültig nach Schweizer Recht, könnte international angegriffen werden.

Der Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit ist gerechtfertigt, weil damit ein öffentliches Interesse (wirtsch. Sicherheit der Bevölkerung --> Art. 94 Abs. 2 BV) gewahrt wird. Ein EuGH-Urteil hat Spielregeln festgelegt, allerdings nur für natürliche Personen.